# Gevelsberger Zeitung

**Amtsblatt der Stadt Gevelsberg.** **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 6.- Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 19.50 Mk. (einschl. 1.50 Mk. Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto Köln 15503.

## General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 35 Pfg., im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 191 — Montag, den 15. August 1921. — 44 Jahrgang


## Neustes vom Tage.

**Aus London verlautet, England wolle auf die Verteilung der von ihm der Kriegsgreuel bezichtigten Deutschen vorläufig verzichten.**

Der feindliche Verbandsrat beschloß, die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen aufzuheben, die besetzte Besetzung der „Sanktions"-Gebiete aber aufrecht zu erhalten.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands hat eingestanden, von Rußland Schmiergelder empfangen zu haben.

Irland fordert in London Truppenrückzug, Amnestie, Enthaftung aller politischen Gefangenen und 7 Millionen Pfund Schadenersatz.

## Ein Gesetz für die „Hausgehilfen".

Ueber den Entwurf eines Hausgehilfengesetzes, das nach einer nachmaligen Umarbeitung nunmehr dem Reichskabinett zugehen wird, werden folgende Einzelheiten bekannt:

Der Entwurf bezieht sich auf alle Arten von Hausgehilfen (früher: Dienstboten) in Stadt und Land, in Wohnung, Geschäft und Beruf. Die Eigenart der Hausarbeit läßt es nicht zu, einen normalen Arbeitstag von acht Stunden einzuführen. Vorgesehen ist eine

**Arbeitsbereitschaft von 13 Stunden.**

zwei Stunden müssen als **Pause für alle Mahlzeiten** dienen. Bei Jugendlichen unter 18 Jahren beträgt die Pause drei Stunden täglich. Der Entwurf regelt ferner die Bestimmungen über die Beschaffenheit der **Schlafräume und Kost.** Einheitlich genaue Vorschriften lassen sich nicht einführen, weil die besonderen Verhältnisse zu verschiedenartig sind. Die Schlafräume müssen aber **heizungs- und lüftungsfähig, sowie verschließbar** sein und müssen außerdem einen verschließbaren Behälter enthalten. In den Städten sind naturgemäß die Verhältnisse anders als auf dem Lande. Es soll ein Gehalt gezahlt werden, wobei Wohnung und Kost in der Weise anzurechnen sind, daß neben Wohnung und Kost, die jetzt bei allen Arbeitern den größten Teil der Einnahmen aufgehen, ein

**Ausgleichsgehalt für andere Bedürfnisse**

gewährt wird. **An Urlaub** sollen jährlich acht Tage gewährt werden. Hier werden am besten freie Abmachungen eintreten müssen, denn auf dem Lande gibt oft kein Urlaub gefordert, in der Stadt jedoch ist ein längerer als acht Tage. Vom Lohn darf nichts abgezogen werden und auch das Kostgeld ist für den Urlaub zu gewähren. Die Vorschriften über ständigung und Schadenersatzpflicht waren heranzuziehen. **Streik und unsittlicher Lebenswandel** sind Grund zur fristlosen **Kündigung.**

## Räuberei in Kanaan.

Glaubwürdige Reisende, die in den letzten Tagen aus Palästina gekommen sind, bringen beunruhigende Nachrichten über die Dinge daselbst. Von Sicherheit ist insbesondere im Norden überhaupt keine Rede mehr. Die Straßen sind vollkommen unsicher und hauptsächlich von jenseits des Jordans werden mehrbrochen Raubzüge unternommen. Der Emir Abdulan ist entweder nicht in der Lage, die Ordnung aufrecht zuerhalten, oder aber er will es nicht. Die Räuber werden fast nie abgefangen, und wenn einmal Truppen erscheinen, kommen sie zu spät. Die Araber haben nicht mehr das geringste Vertrauen in die Regierung, ebensowenig die Juden.

Der Haß gegen die Alliierten tritt von Tag zu Tag deutlicher hervor, und es steht zu erwarten, daß Unruhen zwischen Arabern und Juden wieder ausbrechen, wenn die arabische Abordnung unter Musa Kasim Pascha etwa mit leeren Händen aus London zurückkommen sollte. Alle Welt ist sich darüber einig, daß die Ordnung unter dem türkischen Regime weit besser aufrechterhalten wurde. Selbst der Vertreter der Times in Kairo, der eine besondere Untersuchung über die Verhältnisse anstellte, bestätigte dies. Die Regierung von Palästina hat sich am Ende gezwungen gesehen, auch eine Gendarmerie einzurichten, die aber viel zu schwach ist. Alle diese Reisenden, sowie auch diejenigen, welche das Land genau kennen, sind überzeugt, daß in Palästina keine Ordnung herrschen wird, ehe nicht die Politik der Regierung auf eine ganz andere Grundlage gestellt wird.

Vorläufig glauben die Araber, daß die Zionisten hinter der britischen Politik stehen, und auf der anderen Seite meinen die Juden, daß nur die Interessen der Araber berücksichtigt werden. Man glaubte, mit anderen Mitteln als die von den Türken angewendeten weiter zu kommen, erreichte aber nur das Gegenteil.

# Die Galgenfrist.

## Zur Vertagung der oberschlesischen Frage.

### Der Pariser Verbandstag.

**Verlauf der Freitag-Sitzung.**

**Paris**, 12. Aug. Heute morgen hatte Lloyd George, um den Fortbestand des Verbandes äußerlich zu markieren, auch noch das Zugeständnis gemacht, sich unmittelbar vor seiner Abreise noch eine kurze Zeit an der Sitzung des Obersten Rates zu beteiligen, die folgenden Verlauf nahm:

**Briand** eröffnete die Sitzung und erklärte, daß ein

**grundlegender Widerspruch**

zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt über die Aufteilung Oberschlesiens bestehe. Er schlage deshalb vor, diese Streitfrage dem Völkerbund gemäß Artikel 11, Abs. 2 der Völkerbundakte zu überweisen, welcher erkläre, daß jedes Mitglied des Völkerbundes das Recht habe, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Vollversammlung oder des Rates des Völkerbundes auf jeden Umstand zu lenken, welcher die internationalen Beziehungen berühren könne und welcher infolgedessen den Frieden oder das gute

**Einvernehmen zwischen den Völkern trüben**

könne, wovon der Friede abhänge.

Sodann sprach **Lloyd George.** Er erklärte sich zunächst mit dem Vorschlage von Briand einverstanden und fügte hinzu, daß gestern abend die englischen und italienischen Abgeordneten erkannten, daß dies die beste Lösung wäre, um die Streitfrage zu schlichten. Es handelt sich nicht, sagte er, um eine Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich allein. Die italienischen Sachverständigen hätten dieselbe Anschauung wie die englischen. Wie schon der japanische Vertreter ausgeführt habe, solle keinerlei Kritik an der Haltung der französischen Regierung oder der französischen Sachverständigen vorgenommen werden. Aber es müsse hervorgehoben werden, daß Großbritannien, wenn es den Standpunkt Frankreichs verurteile, nicht alleinstehe. Die Schwierigkeiten rührten nicht von dem Problem selbst her, sondern von der

**Nervosität,**

die in der öffentlichen Meinung herrschte. Die Mächte des Obersten Rates hätten einen Standpunkt eingenommen.

**Frankreich allein habe einen anderen Standpunkt.**

Man müsse demnach Berufung vor einem anderen Tribunal einlegen, um zu einer Lösung zu gelangen. Lloyd George erklärte endlich, daß die Entscheidung, das oberschlesische Problem dem Völkerbunde zu überweisen, nicht irgendeiner Macht allein zukomme, sondern allen Mächten, die im Völkerbunde vertreten seien. Die Engländer hätten **Zugeständnisse** in der Hoffnung gemacht, zu einem Einvernehmen zu gelangen. Der Völkerbund solle sich aber durch ihre Anregungen nicht als gebunden betrachten. Er solle die Frage erneut studieren, ohne sich um die vorherigen Verhandlungen zu kümmern. Es sei selbstverständlich, daß sie ohne Vorbehalt die vom Völkerbunde getroffene Entscheidung annähmen. Wenn man zu dem Schluß komme, daß die alliierten **Truppen verstärkt werden müssen, dann werde Großbritannien** an diesen Verstärkungen in demselben Verhältnis wie die anderen Mächte teilnehmen. Darauf erklärte Briand im Namen Frankreichs, daß er ohne Vorbehalt die Entscheidung des Völkerbundes annehmen werde.

**Der italienische** Ministerpräsident führte aus, daß er sich bereits mit Lloyd George über die Zuweisung des Problems an den Völkerbund geeinigt habe. Die italienischen Vertreter seien mit der Absicht nach Paris gekommen, die oberschlesische Frage genau zu studieren, um sich darüber ein Urteil zu bilden, auf welcher Seite die Gerechtigkeit liege. Die italienischen Sachverständigen hätten demenssprechende Instruktionen erhalten. Sie hätten die ganze Frage eifrig studiert und hätten dann den Beschluß gefaßt, sich dem englischen Standpunkt anzuschließen. Bonomi schloß mit der Erklärung, Italien sei bereit, **Truppenverstärkungen** nach Paris abzusenden, bevor der Schiedsspruch des Völkerbundes gefällt sei.

Der **japanische** Vertreter Baron Hayashi erklärte, daß man im Prinzip zugeben müsse, daß die

**zentralen Industriegebiete in Oberschlesien Deutschland zufallen.**

Auch er sei bereit, den Vorschlag anzunehmen, daß die ganze Angelegenheit dem Völkerbunde unterbreitet werde.

Der **amerikanische** Botschafter Harvey erklärte, daß die Vereinigten Staaten von Anfang der Ansicht waren, die Frage von Oberschlesien habe **ausschließlich europäischen Charakter.** Da die Angelegenheit nunmehr dem Völkerbunde überantwortet sei, dem die Vereinigten Staaten nicht angehören, glaube der amerikanische Vertreter, daß er die Gedanken seiner Regierung interpretiere, wenn er ankündige, daß die

**Vereinigten Staaten an der Entscheidung in dieser Frage nicht teilnehmen**

werden. Briand schlägt sodann vor, daß der Oberste Rat

**an Deutschland und Polen die Aufforderung**

richte, daß die beiden Mächte die **Ordnung aufrechterhalten,** bis der Schiedsspruch des Völkerbundes gefällt werde. Der französische, englische und italienische Oberkommissar würden sofort nach Oppeln abgehen. Lloyd George glaubt, daß die Ordnung in der Volksabstimmungszone in dem Falle nicht getrübt würde, wenn man den alliierten Oberkommissaren Instruktionen erteile, unparteiisch gegenüber Deutschland und Polen zu handeln.

**Der letzte Brief.**

Der Pariser Berichterstatter des Londoner „Daily Herald" erfährt von maßgebender Seite, daß in dem Briefe de Valeras nichts enthalten sei, was die plötzliche Abreise Lloyd Georges aus Paris rechtfertige. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß die irischen Verhandlungen in Gefahr seien, abgebrochen zu werden. Ein bekannter Irenführer erklärte, inoffiziell herrsche die Ansicht, daß Lloyd Georges Abreise aus Paris einen anderen Grund habe.

**Deutschland völkerbundreif?**

**Der Pariser Beschluß**, die oberschlesische Frage dem Völkerbund zur Entscheidung zu übergeben, bedeutet nach Ansicht informierter Kreise den ersten praktischen Schritt zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Die Satzung des Völkerbundes bestimme, daß in einem Falle, wie dem vorliegenden, wo die Angelegenheit **eines** Nichtmitgliedes dem Schiedsspruch des Völkerbundes zur Entscheidung überlassen wird, der betreffende Staat aufgefordert werden muß, sich für den aktuellen Fall den Pflichten der Mitgliedschaft zu unterwerfen. Dieser Fall liegt für Deutschland vor. Es sei klar, daß Deutschland sich diesen Verpflichtungen nicht entziehen werde, schon um seinen guten Willen gegenüber den Bestimmungen des Völkerbundes und seiner Statuten zu zeigen.

## Sitzung des Reichsministeriums.

**Aufschub der Krisis bis Weihnachten?**

Die Nachricht aus Paris, daß die Entscheidung über Oberschlesien dem Völkerbund übertragen sei, traf in Berlin an amtlicher Stelle in den ersten Nachmittagstunden des Freitag ein. Das Kabinett ist um 6 Uhr zu einer Sitzung zusammen getreten, welche zu dem neuen Beschluß des Obersten Rats Stellung nehmen sollte. Die Verweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbund wird an amtlicher Stelle hauptsächlich als eine Aufschiebung der endgültigen Entscheidung bewertet, eine Aufschiebung, welche das Problem

**bis in den September,**

vielleicht noch auf längere Monate hinausschiebt. Nach den bisherigen Meldungen aus Paris ist es noch ungewiß, ob die Entscheidung über Oberschlesien dem Völkerbundsrat, das ist dem engeren Ausschuß des Völkerbundes, oder der eigentlichen Völkerbunds-Versammlung zur Entscheidung übertragen worden ist. Es kann angenommen werden, daß das letztere der Fall ist, da der Völkerbund am 5. September zu einer Vollsitzung zusammentritt. In der Völkerbunds-Versammlung ist der

**englische Einfluß recht stark vertreten,**

so daß damit gerechnet werden kann, daß der Standpunkt Lloyd Georges in der oberschlesischen Frage starken Rückhalt finden wird. Für Deutschland ist diese Verzögerung außerordentlich bedauerlich, weil ja der ganze innerpolitische Fragenkomplex von der Lösung der oberschlesischen Frage abhängt überhaupt ja in der Politik nichts Unentschiedenes unternommen werden kann, bevor nicht endgültig festgestellt ist, ob Oberschlesien beim Reiche bleiben oder von ihm abgetrennt werden soll.

## In schwerer Krisis.

Die weltpolitische Lage befindet sich zur Stunde im Zustande schwerster Krisis! Da letzten Endes die Entscheidung das deutsche Volk unmittelbar angeht, und da von dieser Entscheidung wirtschaftlich und politisch für Deutschland nachgerade alles abhängt, so müssen wir mit der harten Tatsache rechnen, daß diese schwere Krisis auch unser politisches Tun und Lassen erfaßt hat.

Die Dinge in London haben eine unerwartete Wendung genommen. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß man nie weiß, woran man mit Lloyd George ist und was man von seinen taktischen Schachzügen letzten Endes zu halten hat. Wir wissen es auch, welche Rolle schon öfter das Bedürfnis Lloyd George für seine persönliche Ruhe am Wochenende bei der Erledigung, ja sogar bestimmenden Formulierung selbst großer weltpolitischer Entscheidung gespielt hat. Mit der Uhr in der Hand ist so mancher für die gesamte Weltpolitik entscheidende Beschluß zustande gekommen, weil es Lloyd George nicht mehr paßte, noch länger den Debatten zuzuhören, und weil er sich in die Ruhe seines Landhauses zum Freitag begeben wollte. Ein solcher verhängnisvoller Freitag war auch wieder der 12. August. Lloyd George hat im Obersten Rat eine Rede über die oberschlesische Frage gehalten, die garnicht soweit vom deutschen Standpunkt abwich. Zwar vertrat er die These der Teilbarkeit Oberschlesiens, aber er plädierte für eine Unteilbarkeit des Industriegebietes. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob die empörende Darstellung Philippe Millets im „Petit Parisien" zutreffend war, wonach diese nach außen hin als feierlich ernst geschilderte Aussprache in geradezu heiterkeitsausbrüchen auf Kosten Deutschlands untergetaucht sei. Jedenfalls mußte man aus verschiedenen Vorgängen den Eindruck haben, daß eine so toternste Frage die Millionen von Menschen unmittelbar angeht, nicht mit der ihr gebührenden Würde behandelt worden ist. Die Versuche, bei den verschiedenen Frühstücks und Diners unter vier Augen zu einer Einigung zu kommen, um dann in der offiziellen Körperschaft zum Ziel zu gelangen, würden wir an sich gewiß nicht zu verurteilen brauchen. Aber es sind doch so viele Einzelheiten über diese intimen Zusammenkünfte bekannt geworden, die zeigen, daß man auf der einen oder anderen Seite nicht nur bei Tee, Speck und Spiegelei ein unerhörtes diplomatisches Ränkespiel zu inszenieren versuchte, während anderseits die Gefühle derjenigen, die diese Entscheidung unmittelbar angeht, recht empfindlich verletzt wurden. Bei einer derartigen Besprechung soll nach Pariser Blättermeldungen Lloyd George zu Briand gesagt haben: „Es gibt zwei Methoden, mit einer Kuh umzugehen: man kann sie melken und man kann aus ihr Beefsteak machen. Ich halte die erste Methode für besser." Darauf hat Briand erwidert: „Ich auch, aber ich habe Furcht, daß die Kuh mit den Hörnern stößt." Alle Versuche aber, bei den diversen Frühstücks Lloyd George endgültig zum französischen Standpunkt zu bekehren, haben nichts gefruchtet.

Lloyd George hat allerdings auch wieder entgegen seiner ersten nachdrücklich begründeten Auffassung von der Unteilbarkeit des oberschlesischen Industriegebiets einen plötzlichen Umfall vollzogen und dann mit seine Anregung, diese Teilbarkeit anzuerkennen, sein Entgegenkommen gegenüber Frankreich erschöpft. Man teilschte dann tagelang über die Grenzen, die gezogen werden sollen und man kämpfte auf beiden Seiten erbittert buchstäblich um jedes Stückchen Boden. Noch einmal versuchte Lloyd George am Donnerstag, dem 11. August, vormittags, bei einem Frühstück Briand und Loucheur zu einer Einigung zu bringen. Alle Versuche nach dieser Richtung hin aber scheiterten. Man erzählt in der Pariser Presse, daß die Debatten bei diesem Frühstück ungemein laut und lebhaft gewesen seien, so daß man die Gespräche der Minister bis auf den großen Gang des gleichen Stockwerks hin hören konnte. Der Pariser „Intransigeant" läßt die Katze aus dem Sack, indem er mitteilt, daß bei dieser Besprechung Briand zu einem Punkte gelangt sei, den er nicht mehr überschreiten könne, er hätte nämlich erklärt, daß er auf die wirtschaftlichen, militärischen und finanziellen Verpflichtungen Rücksicht nehmen müsse, die Frankreich bereits an Polen binden. Da wäre es also heraus: das Eingeständnis, daß Frankreich hinter dem Rücken seiner anderen Entente-genossen mit der polnischen Regierung bereits bestimmte Abmachungen über die Verteilung des oberschlesischen Feldes getroffen hat. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß Lloyd George diese Situation — über die er aber im Grunde auch schon vorher unter-

richtet sein mußte — zum Anlaß nahm, um sich verärgert zurückzuziehen. So stand man also unmittelbar vor der Gefahr eines Bruches. Lloyd George drohte damit, Paris zu verlassen. Die Ankündigung dieser Absicht hat in den Pariser politischen Kreisen explosivartig gewirkt. Um den niederschmetternden Eindruck, den eine Abreise Lloyd Georges von Paris nach London nach außen hin unter diesen Umständen hervorrufen mußte, zu vertuschen, hat man die Dinge so frisiert, daß man sagte, Lloyd George müsse zu einer Beratung über die irische Frage in London sein. Daß das nur Vorwand ist, geht daraus hervor, daß von vornherein die englische Delegation und Lloyd George selbst erklärten, daß sie nicht eher aus Paris zurückkehren würden, bis eine endgültige Entscheidung über die oberschlesische Frage getroffen sei, und daß sie mit einer ununterbrochenen Tagung des Obersten Rates von etwa 10 bis 12 Tagen rechneten.

Wir haben an den Dingen, wie sie sich in Paris entwickelt haben, ein ungeheuerliches, ein brennendes Interesse. Die äußerlichen, oben geschilderten Umstände haben für uns nur historisches Interesse, sie sind Beiwerk. Wir müssen aber auf das ernsteste befürchten, daß man sich letzten Endes doch wohl zu einem Kompromiß zusammenfinden wird, was nichts anderes bedeuten würde, als daß es auf dem Rücken Deutschland ausgetragen würde! Wir wiederholen noch einmal, was wir eben ausgesprochen haben: Man weiß nie bei dem Taktiker Lloyd George, woran man mit ihm ist! Und es wird gar allerlei von solchen Kompromißmöglichkeiten gemunkelt, was uns zu stärkstem Mißtrauen Anlaß geben muß. Auf einen Bruch der Entente oder auch nur auf eine wesentlichere Entzweiung wegen der oberschlesischen Frage dürfen wir politisch unter gar keinen Umständen rechnen. Weder auf französischer noch auf englischer Seite wäre Neigung vorhanden, um dieser Frage willen es zu einem Konflikt kommen zu lassen, der, wenn der eine oder andere Teil auf eigene Faust und mit Waffengewalt vollendete Tatsachen schaffen wollte, doch garnicht anders, als kriegerisch zu lösen wäre. Wie berechtigt unsere Befürchtungen sind, geht unter anderem daraus hervor, daß von italienischer Seite ein Vermittlungsvorschlag dahingehend gemacht wird, daß Frankreich seine Zustimmung zur Aufhebung der Sanktionen am Rhein gibt, daß dafür aber Deutschland eine größere Einbuße im oberschlesischen Industriegebiet hinnehmen sollte. Wir müssen es auf das entschiedenste ablehnen, daß diese beiden, vom weltpolitischen Standpunkte aus miteinander in keiner Weise in Verbindung stehenden Fragen nun in dieser Form verquickt werden sollen. Die Aufrechterhaltung der Sanktionen bedeutet angesichts der Tatsache, daß Deutschland das Ultimatum bis zur Stunde vollkommen erfüllt hat, eine unerhörte Ungerechtigkeit. Es wäre der Gipfel des Unrechts, wenn man nun ein neues Unrecht noch auf das alte aufpfropfen würde. Die Sanktionen müssen aufgehoben werden, weil sie ganz einfach vom Rechtsstandpunkte aus unhaltbar sind und andererseits muß in der oberschlesischen Frage unbedingt um jeden Kompromißgedanken eine klare, wiederum einzig und allein dem Rechte entsprechende Entscheidung getroffen werden.

Daneben gehen auch noch andere Strömungen, die von einer gewissen englischen Seite genährt werden und die glauben, für eine Deutschland ungünstigere Entscheidung in Oberschlesien eine Kompensation dadurch zu schaffen, daß man den Deutschen in anderen Fragen, so etwa im Zahlungsmodus für die Ultimatumsverpflichtungen und dergleichen entgegenkäme. Auch damit könnten wir uns unter gar keinen Umständen abfinden.

So stehen wir mitten in einer überaus ernsten Krisis. Der Reichskanzler hat unter diesen Umständen das Bedürfnis empfunden, sofort den Präsidenten des Reichstages Löbe und den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, den Abgeordneten Stresemann, zu einer Besprechung nach Berlin zu berufen. Dieses Vorgehen ist nur zu billigen, denn der deutschen Volksvertretung muß unverzüglich Gelegenheit gegeben werden, zur Lage Stellung zu nehmen, und es müssen beizeiten alle Vorkehrungen getroffen werden, damit das Parlament über die durch die zu erwartende Pariser Entscheidung notwendig werdenden Maßnahmen sich schlüssig machen kann. Das deutsche Volk geht fürwahr einer schweren Prüfungszeit entgegen.

# Nur noch militärische „Sanktionen".

## Aufhebung der Zollgrenze am Rhein.

### Zwei Bedingungen.

(Drahtung der „Gevelsberger Zeitung".

**WTB. Paris, 13. Aug. Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Nachmittagssitzung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter dem Vorbehalt aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllt, d. h. eine Milliarde Goldmark bezahlt gemäß dem Ultimatum von London. Nach einer eindrucksvollen Rede des Ministerpräsidenten Briand ist beschlossen worden, augenblicklich die militärischen Sanktionen beizubehalten.**

Düsseldorf, Duisburg usw. bleiben also weiterhin von feindlicher Soldateska beherrscht.

**Was die Völkerbund soll.**

**Paris**, 13. Aug. Wie der „Matin" meldet, sollen bei den Beratungen des Völkerbundes die **Polen jedenfalls beratend zugelassen werden**, um im Verlaufe der Debatte gehört zu werden. Der Aufnahme der deutschen Vertreter werde gleichfalls nichts entgegenstehen. Das Blatt sagt, es sei nicht sicher, daß der Völkerbund die Grenzziehung selbst übernehmen werde. Er habe sich im Falle Albanien bereits geweigert. Man erwartet von ihm, daß er ein in ethnographischer, geographischer und wirtschaftlicher Beziehung befriedigendes Gutachten abgegeben wird.

# Schöne Worte.

**Die Einladung zum Abwiegeln.**

Die amtlichen Einladungen aus Washington zum Abrüstungstag sind bekanntlich jetzt an Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und China versandt worden. In der Einladung heißt es:

Die unproduktive Arbeit droht unter der zu schweren Last zusammenzubrechen, wenn nicht die gegenwärtigen ungeheuren öffentlichen Ausgaben stark herabgemindert werden, und es sei vergeblich, nach einer Befestigung oder Sicherung der sozialen Gerechtigkeit oder nach einer Sicherung des Friedens zu suchen, so lange die unproduktiven Ausgaben diese Bemühungen ihres wirklichen Erfolges berauben und die Aussicht auf einen Fortschritt zunichte machen. Die

**ungeheuren Ausgaben beim Wettrüsten**

bilden offenkundig einen größeren Teil des Druckes, der auf den Unternehmungen und dem nationalen Wohlstand lastet. Die vermeidbaren oder überflüssigen Ausgaben dieser Art sind nicht nur wirtschaftlich unberechtigt, sondern sie bilden eher eine

**ständige Bedrohung des Weltfriedens**

als seine Sicherung. Indessen wäre es wohl begründet, einen Einhalt in diesen wachsenden Ausgaben zu erwarten und daß die nicht am meisten betroffenen Mächte eine befriedigende Grundlage finden zu einem dahingehenden Uebereinkommen.

Es ist ganz klar, daß es keine endgültige Sicherung des Friedens in der Welt geben kann, wenn der Wunsch nach Frieden fehlt und der Ausblick auf eine Einschränkung ist nicht hoffnungsvoll, wenn dieser Wunsch keinen Ausdruck findet in dem praktischen Bemühen, die Ursachen der Unsicherheit zu beseitigen und Grund zu einer Verständigung über die Grundsätze und deren Anwendung zu suchen. Es ist der ernste Wunsch der amerikanischen Regierung, daß es durch Austausch der Ansichten auf der Konferenz möglich sein möchte, eine

**Lösung über den Stillen Ozean und fernen Osten,**

die augenblicklich von unbestreitbarer Wichtigkeit sind, zu finden, nämlich eine gemeinsame Verständigung über Gegenstände, die von internationaler Bedeutung waren und es noch sind, da sie dazu dienen können, die dauernde Freundschaft unter den Völkern zu fördern.

# Aus dem Reiche.

**Bayerischer Wucherkampf.**

Die bayerische Regierung erläßt eine scharfe Kampfansage gegen den Preiswucher. Die sich aus der Freigabe der Wirtschaft ergebende Preissteigerung macht sich in Bayern stärker fühlbar, weil dort durch freie Zufuhren die ganze Bewirtschaftung niederer gehalten worden sei als in den anderen Ländern. Als Geschäftshandhabe führt die bayerische Regierung die reichsgesetzlichen Vorschriften aus, die alle Rechte der Zwangswirtschaft auf Strafbestimmungen gegen die Preistreiberei enthalten.

**Strafzuschuß für „Kriegsverbrecher"?**

**Wie verlautet, soll zwischen der englischen und der deutschen Regierung eine stillschweigende Uebereinkunft erzielt worden sein, die dahin geht, die Leipziger Kriegsbeschuldigten-Prozesse vorläufig abzubrechen.** In diesem Jahre sollen vor dem Leipziger Reichsgericht überhaupt keine Verhandlungen stattfinden. Man will die Lösung der großen Probleme abwarten, bevor man neuerdings daran geht, in der Kriegsbeschuldigtenfrage entscheidende Schritte zu unternehmen.

**Bei Spartakus rollen die Rubel.**

Der Bezirksparteitag der KPD. für Berlin-Brandenburg beschloß, dem kommenden Parteitag in Jena u. a. folgenden Antrag einzureichen: „Die Partei soll von ausländischen Bruderparteien nur Mittel für Agitation und Unterstützung für Flüchtlinge annehmen." Von den „ausländischen Bruderparteien" kommt als Geldgeberin natürlich nur die russische Regierung in Betracht. Wenn jetzt „nur" für Agitation und Unterstützungszwecke Geld in Empfang genommen werden soll, so stellt sich unwillkürlich die Frage ein, zu welchen Zwecken denn sonst noch die deutschen Kommunisten bis jetzt Geld aus Moskau empfingen. Der Begriff „Mittel für Agitation" ist übrigens so verschwommen und weitreichend, daß darunter alles mögliche verstanden werden kann.

**Die Handelsbeziehungen mit Rußland**

kommen allgemach vorwiegend dank der Privat-Initiative, wieder in Fluß. In Petersburg wirken Persönlichkeiten, die im deutschen wirtschaftlichen Leben führend sind. Deutsche Industrielle und Ingenieure studieren an Ort und Stelle die russischen Verkehrsverhältnisse. In Berlin ist zu Verhandlungen der russische Eisenbahn-Kommissar Lemonossow eingetroffen. Augenblicklich arbeiten bereits 19 größere und 15 kleinere deutsche Maschinenfabriken für Rechnung Rußlands an Eisenbaumaterial. Die Anwesenheit deutscher Ingenieure und Industriellen in Rußland hat vorwiegend den Zweck, den Wiederaufbau oder doch die Neuorganisation der russischen Maschinenfabriken in die Wege zu leiten. Es verdient auch bemerkt zu werden, daß von Rußland aus mit der Stinnesgruppe Verhandlungen gepflogen werden wegen Konzession an die Stinneswerke in Petersburger Hafen. Der größte Konkurrent ist die englische Firma Armstrong.

# Ausland.

Schweiz.

**Der Völkerbund**

hat gemeinsam mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, der Internationalen Kredit-Hilfskommission und der Internationalen Vereinigung für Kinderhilfe eine Kommission entsandt, die sich nach Narwa, Riga, Kowno, Warschau, Budapest, Belgrad, Sofia und Konstantinopel begeben wird. Die Kommission wird die Gefangenlager besichtigen und die Kinderhilfe und die Hilfe gegen die Epidemien organisieren.

Irland.

**Die Forderungen an England.**

Die Londoner „Morning Post" glaubt aus gut unterrichteter Quelle Einzelheiten über die Forderungen Irlands mitteilen zu können. Zunächst müßten die englischen Truppen aus dem Lande entfernt werden, dann müßten alle eingesperrten Gefangenen und Aufrührer freigelassen werden. Neben der Gewährung einer Amnestie verlange Irland außerdem entsprechenden Schadenersatz von der englischen Regierung. Der Gesamtbetrag dieser Forderung könne nicht geringer sein als 7 Millionen Pfund Sterling. In Cork allein werden 2 Millionen Pfund Sterling gefordert.

Spanien.

**Der Rücktritt des Kabinetts**

ist ein Ereignis von weittragender politischer Bedeutung. Die Ursache ist sowohl außen- wie innenpolitischer Natur. Die schwere militärische Niederlage, welche die spanischen Truppen in Marokko von den Rifkabylen erlitten haben, ist auch heute noch nicht überwunden. Der Nachfolger des beseitigten Generals Silvestre, der durch Selbstmord endete, General Navarro, befindet sich auch heute noch in einer gefährdeten Lage. Es ist trotz Entsendung zahlreicher Truppenverstärkungen bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Lage wieder herzustellen. Für Spanien bedeutet das betrübende Vorkommnis nicht nur vom Standpunkte des allgemeinen politischen Ansehens viel, sondern mehr noch im Hinblick darauf, daß Spanien alles daransetzen muß, den letzten Rest eines kolonialen Besitzes zu retten. Innerpolitisch war der Rücktritt des Ministeriums bedingt durch die Entzweiung der Nation über die großen sozialen Reformpläne des Ministers La Cierves in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Wenn jetzt der konservative Führer Maura zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen worden ist, so wird er seine Hauptaufgabe darin erblicken müssen, auch die Liberalen zu einer Koalition zu gewinnen.

# Gefängnis für unberechtigte Aufnahme von Wellentelegrammen.

In Holland war es bisher möglich, daß private Personen sich wellentelegraphische Stationen herstellten und diese zur Aufnahme von Nachrichten benutzten, die sie beliebig verwerteten. Diese Zustände haben sich als unhaltbar erwiesen, da auf diese Weise d. Telegraphengeheimnis nicht gewahrt werden kann. Sie hatten schließlich dazu geführt, daß sich in Holland eine größere Reihe von Personen mit der Aufnahme und der Verbreitung sowie dem Vertriebe von Nachrichten befaßte, was in anderen Ländern schon seit längerem durch die Gesetzgebung verboten war und auch im Gegensatz zu den internationalen Vereinbarungen steht.

In Deutschland ist die Angelegenheit durch § 8 des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches vom 6. April 1892 geregelt, wonach das Telegraphengeheimnis unverletzlich ist und sich z. B.

# Aus eigener Kraft.

Originalroman von H. Abt.

(Copyright 1915 Greiner u. Comp., Berlin.)

37) (Nachdruck verboten.)

Ob Herr Brömmelmann zu sprechen sei, wünschte Jobst Müllerhof zu wissen und kam dabei noch ein paar Schritte näher und sah sich Käthe Eilert an, die sich von ihrem Sitz erhoben hatte, sah sie sehr genau sich an, so wie ihm alles dies im Raume, wo des Neffen anscheinende Wiedergeburt vor sich gegangen war, eines besonderen Interesses wert erschien,

„So — so" — — bedauerte er dann, als ihm auf seine Frage der Bescheid wurde, daß Herr Brömmelmann augenblicklich nicht im Geschäft anwesend, sondern in seiner Privatwohnung zum Mittagessen sei — „da werd' ich also ein andermal wiederkommen müssen."

Doch er machte zum Fortgehen keinerlei Anstalt, sondern hatte die Linke in die Paletotasche versenkt, die Rechte, die den Spazierstock hielt, auf den Rücken gelegt, vor Käthe Eilert Posto gefaßt, und blickte ihr steif in die Augen, die sie mit ruhigem Warten zu ihm aufgeschlagen hatte. Und als sie fand, daß sie nun lang genug so wartend gestanden, erbot sie sich mit einem kleinen Seitenblick auf ihre Schreibmaschine hin: „Wenn ich vielleicht eine Bestellung ausrichten darf" —

„Eine Bestellung — nein. Das heißt, eine Auskunft wollt' ich mir erbitten, und vielleicht könnten Sie mir die auch geben, wenn Sie schon etwas länger hier im Geschäft sind" —

„Ich bin seit etwas über anderthalb Jahren hier", sagte sie, und er nickte, als hätte er das auch nicht anders erwartet. Und dann kam kurz und rasch seine Frage: „Dann wissen Sie vermutlich auch, wo sich jetzt ein junger Mann, namens Müllerhof, befindet, der ehemals hier in Stellung war?"

Fest ruht sein Blick auf Käthe Eilerts Gesicht, und ihr jähes, heißes Erröten bei des Neffen Namensnennung entging ihm ebensowenig wie ihr vergebliches Bemühen, sich Klang und Festigkeit in die Stimme zu zwingen, wie sie, die Augen zur Seite gewandt, stotternden Tones sagte: „Das — weiß ich nicht. Darüber — kann ich keine Auskunft geben" — und ihr Blick irrte, ihr selbst unbewußt, zu dem gegenüberliegenden Pulte hin.

„Dort also hat er gesessen", sagte sich Jobst Müllerhof und blickte gleichfalls zu dem gelbgestrichenen Pulte hinüber, das die braunen Mädchenaugen mitsamt dem Dransitzenden vor sich hatten, wenn sie sich einmal von der Arbeit erhob.

„Hm" — machte er und trat von einem Fuß auf den anderen, wie einer, der nicht recht weiß, ob er gehen oder noch weiter fragen soll. —

„Da wissen Sie wohl auch nicht zufällig, warum ihm hier gekündigt wurde?"

Sie fuhr zusammen bei der plötzlichen Frage, und der rasche, heiße Farbenwechsel jagte wieder über ihr Gesicht, und dann überstürzten sich ihr die Worte fast auf den Lippen: „Aber nein, gekündigt ist ihm doch nicht worden, er hat's selbst getan, und ich weiß, daß ihn Herr Brömmelmann sehr gern behalten hätte und ihm sogar Gehaltszulage anbot — was bei dem Chef ein ganz außergewöhnliches Zeichen von Zufriedenheit ist."

Wie sie sich ins Zeug legte, als müsse sie etwa zu Unrecht Angegriffenen in Schutz nehmen! Nun war in ihrer Stimme auch wieder der alte, helle, muntere Klang, und bei ihren letzten Worten sonnte über ihr Gesicht darauf es wie der Schatten einer stillen Trauer gelegen, wieder das leise, liebe, schalkige Lächeln, das in das kleine, feste Kinn ein weiches Grübchen grub.

Tiefsinnig, wie in eine plötzliche Offenbarung starrte Jobst Müllerhof in dieses Grübchen hinein. „Kein Wunder" — dachte er. Kein Wunder, wenn einer, der das vier Wochen lang tagtäglich vor sich hatte, darüber allmählich zu einer Art von Umkrempelung kam, er wußte selbst nicht wie. Oder irrte er sich? Hatten bei des Neffen Umwandlung doch andere Gewalten gewirkt als dieses anmutig lächelnde Mädchengesicht mit den klaren, ehrlichen Augen?

Ohne ein Wort zu verlieren, saß Jobst Müllerhof plötzlich auf einem der gelbgestrichenen Kontorstühle und sagte: „Wenn's erlaubt ist, werd' ich doch lieber hier warten, bis der Chef zurückkommt. In Ihrer Arbeit brauchen Sie sich durch mich nicht stören zu lassen."

Käthe Eilert ließ sich nicht länger stören, setzte sich wieder vor ihrer Schreibmaschine zurecht. Doch die Finger tippten nicht wieder so emsig wie zuvor, sie mußte aufmerken, daß sie sich nicht verschrieb, denn ihre Gedanken gingen weitab von der Arbeit, und in der Brust begann das Herz ihr schmerzhaft zu hämmern, so wie es immer ist, wenn sie an Rudolf Müllerhof dachte. Und wann wohl hätte sie seiner nicht gedacht? In diesem Raume hier, dort von dem Pult herüber, wo nun seit vierzehn Tagen ein anderer saß, rief ihr ja doch alles seinen Namen. Und ging sie heimwärts, da ging das Rauschen mit ihr und klang noch in ihre Träume hinein. Und wenn die Mutter besorgt sie ansah: „Was hast du nur? Du bist so anders wie früher. Ist dir's nicht wohl?" — Da lachte sie und würgte mit dem Lachen die Tränen in sich hinein. Spürte auch jetzt wieder das Würgen an der Kehle, und dabei wuchs die heimliche Unruhe in ihr zur hellen Angst empor.

Was wollte denn nur der fremde Mann, und was bezweckte er mit seinen Fragen nach Rudolf Müllerhof?

Als müßte sie sich die Antwort von seinem Gesicht lesen, so sah sie jählings zu Jobst Müllerhof hinüber und begegnete seinem ruhig auf sie gerichteten Blick.

„Was für gute Augen er hat", mußte sie denken, während sich die ihren voll Hast wieder der Schreibmaschine zukehrten, die jetzt mit einem wahren Feuereifer zu klappern begann. Und dabei sprangen die Gedanken weiter: Gute Augen — und Gutes hatte er vielleicht auch mit ihm im Sinn, nach dem er sich zu erkundigen gedachte. — Wenn er sie selber doch noch einmal fragen möchte, sie könnte ihm doch vielleicht manches sagen, was zu Rudolf Müllerhofs Gunsten sprach. — Manches — vieles — oh, so viel!

In hellem Eifer begannen ihr die Wangen zu glühen, und die Finger flogen ihr nur so über die Schreibmaschine dahin, bis die Seite voll war und das Einspannen eines neuen Bogens sie zum Pausieren brachte. Dabei huschte ihr Blick wieder zu Jobst Müllerhof hin, und wieder begegnete sie seinen Augen, als hätten diese die ganze Zeit über beobachtend auf ihr geruht.

(Forts. folgt.)

darauf erstreckt, ob und zwischen welchen Perso-
überhaupt telegraphische Mitteilungen stattge-
den haben. Zwischenstaatlich ist die Angelegenheit
ch Artikel 2 des Internationalen Telegraphenver-
s von St. Petersburg von 1875 geregelt, wonach
die vertragschließenden Teile verpflichtet haben,
Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind,
das Geheimnis der Korrespondenzen und deren
derung zu sichern.

Um einen regelrechten Zustand herbeizuführen, ist
nächst bei der zweiten holländischen Kammer ein
setzentwurf eingebracht worden, nach dem eine
derung des Strafgesetzbuches dahin beabsichtigt
, daß derjenige mit Gefängnis oder Geldstrafe
gt wird, der wellentelegraphische Nachrichten auf-
mt, die nicht für ihn bestimmt sind, und diese
wertet.

## Aus Stadt und Land.

**Gevelsberg**, 15. August.

Gewerbesteuer und Gewerbebetrieb.

Zu der städtischen Gewerbesteuer-Zuschlag

Von 16 hiesigen Organisationen des Kleingewer-
, Handel, Handwerk und Gastwirtschaft, war auf
nstag mittag zu einer Einspruchsversammlung
h dem Rosendahlschen Saal eingeladen worden.
ei der Versammlung war es, ein einhelliches
ergehen der ortsansässigen Geschäftswelt gegen die
übermäßig hoch empfundenen, von den Stadt-
rordneten zum Ausgleich des öffentlichen Haus-
s beschlossenen Zuschläge auf die Gewerbe- und
e Gastwirtschaften) Betriebssteuer Stellung zu neh-
. Die vom Drogeriebesitzer Stadto. Schmer-
und geleitete Versammlung war so stark besucht,
daß die Zuhörer den Saal auch hinter den Tischen
Mauer an Schulter gefüllt hatten. Auch Nichtge-
erbetreibende und Stadtverordnete waren erschie-
.

Den Hauptvortrag hielt Herr Schleifen-
um aus Langerfeld über

die steuerliche Ueberlastung und
Erdrosselung des Mittelstandes.

Er entwickelte die Auffassung, daß die Finanznot
velsbergs ein tatsächlicher und für alle Städte gü-
er Zustand sei, den der gewerbliche Mittelstand
über die Grenze seiner steuerlichen Leistungs-
gkeit hinaus beheben solle. Darin liege aber eine
ppelte Ungerechtigkeit. Denn einmal sei die
chtgewerbesteuer von 1891 nach dem Willen des
esetzgebers als Ausnahme-Steuer nur dazu be-
mmt, mit ihren Erträgnissen öffentliche Einrich-
ngen von vorwiegend gewerblichem Nutzen (wie
B. Verkehrswege) zu decken. Eine solche Verwen-
ung der Gewerbesteuer-Eingänge hätte aber noch
ht nachweisbar stattgefunden. Zum anderen rühre
Fehlbetrag in den Stadtsäckeln doch hauptsächlich
der verlustbringenden, weil unsachverständigen
ebensmittelwirtschaft der Gemeinden her, die im
gensatz das Fachgewerbe empfindlich geschädigt
be. Redner belegte das mit Zahlenangaben und
weilungen aus der Barmer Stadtverwaltung. Es
ire deshalb eine ungerechtfertigte Zumutung, dem
ingewerbe die Kosten für Fehlgeschäfte aufzubür-
, durch die ihm vorher der größte Abbruch zuge-
gt wurde. Um sich dagegen zu schützen, sei ein un-
äßlicher enger Zusammenschluß des genannten
ingewerbes in große Massenverbände notwendig,
ie ein solcher für Westfalen-Rheinland bereits ge-
ffen wurde. Nur solche Großverbände könnten
rch Vermittlung der Abgeordneten bei Reichstag
d Regierung eine wirksame Stoßkraft gegen die
werbesteuer überhaupt entwickeln. In den Ge-
indeverwaltungen selbst müsse durch Beseitigung
sozialistischer Mehrheiten gegen die Erdrosselung des
ittelstandes geschlossen Sturm gelaufen werden.

An diese mit lebhaftem Beifall aufgenommenen
rlegungen knüpfte ein reger

Meinungs-Austausch

n. Auf eine Frage des Herrn Otto Schäfer, ob
e Anwesenheit auch Nichtgewerbetreibender statt-
ft sei, erwiderte der Vorsitzende, daß die Verbrei-
ung der hier besprochenen Gesichtspunkte nur auf-
tend wirken könne und hoffentlich die anwesenden
adtverordneten eines Besseren belehre. Klempner-
ister Schönebeck betonte, daß die Gewerbe-
euer neben der Einkommensteuer eine Doppelbe-
tung und somit eine Ungerechtigkeit an sich sei,
f deren Beseitigung hingearbeitet werden müsse.
Lebhafte Zustimmung.) Stadtsteuersekretär Bonte
gte die wesentlichen Bestimmungen des Gewerbe-
uergesetzes dar und wies an Hand amtlicher Zah-
n aus vielen westfälischen Städten nach, daß Ge-
elsberg die Gewerbesteuer im Widerspruch zu viel-
ch hier herrschender Ansicht noch am gelindesten
landhabt. Wo zahlenmäßig (d. h. in Prozenten des
fschlags ausgedrückt) etwas anders vorzuliegen
heint, beläuft sich der Steuer-Grundbetrag (hier 0,3
s 0,4 Prozent des Rohertrags) auf das Doppelte bis
reifache. Dazu kommt noch die gelinde Anwen-
ng des Tarifs hinsichtlich der Einordnung in die
euerklassen und der Drückeberger (nicht angemel-
e Betriebe). Der Beschluß der Stadtverordneten
unannehmbar, da die Reichsregierung Zuschläge
s 1500 Prozent vorweg als genehmigt erklärt hat.
nen Zweck dürfte die gegenwärtige Versammlung
ch nur insoweit haben, als die gesetzlichen Wurzeln
r Gewerbesteuer an sich abgegraben werden sollen.
Stein wolle die Stadtverwaltung das Kleingewerbe gern unterstützen, ebenso in der gerechten Ver-
lagung bzw. Verteilung des der finanzbezirklichen
Steuergesellschaft" auferlegten Solls auf die einzel-
n Betriebe. Das könne aber nicht mit jedem ein-
nen Gewerbler, nicht einmal mit den vielen Ein-
ungen bzw. Berufsvereinen geschehen. Diese müh-
m vielmehr eine Arbeitsgemeinschaft, etwa mit
einem Ausschuß der Vorstände, bilden, der dann mit
der Stadtverwaltung zusammen wirkt.

Kaufmann Winkelmann sowie der Haupt-
vortragende pflichtete der Auffassung bei, daß das
ganze Gewerbesteuergesetz verbesserungsbedürftig ist.
Kaufmann Gerhard wendet sich gegen die sozia-
listische Stadtverordneten-Mehrheit, die den Gewer-
besteuern wohl wesentlich in der Absicht zugestimmt
habe, um dadurch den Mittelstand zu erdrosseln. Gegen diese Politik müsse das Bürgertum sich eng zu-
sammen schließen. Uhrmachermeister Boeck bestä-
tigte diesen Eindruck. Deshalb sei es nötig, die sozia-
listische Herrschaft auf dem Rathaus durch die nächsten
Stadtverordnetenwahlen zu stürzen, wofür begründete Aussicht auf Erfolg vorliege. Im übrigen emp-
fehle sich lückenloser Anschluß aller Gewerbetreiben-
den an den hier bereits bestehenden Bürgerbund.
Friseur Saure beklagte die ungerechte Gewerbe-
steuer-Einschätzung namentlich bei den kleinsten Ver-
trieben.

Nach einem beifällig aufgenommenen Schluß-
wort des Herrn Schleifenbaum genehmigte
die Versammlung vorbereitende Schritte zur Bildung
des von Herrn Bente angeregten Arbeitsausschusses
und eine Entschließung, die sich gegen die Ge-
werbesteuer im allgemeinen und gegen ihre gemeind-
liche Ueberspannung sowie für einen großen Zusam-
menschluß des Kleingewerbes in Westfalen-Rheinland ausspricht.

*

— **Kriegerverein ehem. Kameraden des 7. Armeekorps.** Die Mitglieder mit ihren Angehörigen ver-
sammelten sich am Samstag vollzählig im Vereins-
lokale „Reichsadler" (Rud. Flüs) zu einer einfachen,
aber würdigen Gründungsfeier. Galt es doch, nach
langer Pause einmal wieder ein Stiftungsfest
zu begehen und zwar das fünfzehnte. Ueber 100 Ka-
meraden mit ihren Angehörigen füllten die Räume
bis auf den letzten Platz. Den unterhaltenden Teil
hatten die Konzertsänger Emsters und Köster
übernommen, die es an Reichhaltigkeit und Fülle, an
Feinheit und Form nicht fehlen ließen. Ihre her-
vorragend schönen Stimmittel lieferten wahre Perlen:
Klassiker, Halbklassiker und Moderne kamen zu Ge-
hör, Lieder, Duette, Balladen und Lautensänger
wechselten in bunter Folge. Auch die Humoristika
wurden gebührend gepflegt. Allseitig war man des
Lobes voll über die trefflichen Spenden, weshalb es
auch nicht an Beifall fehlte. Letzteren durfte zu
nicht geringem Teil der Konzertmeister des Abends,
Jos. Duchêne, für sich buchen, der unermüdlich
mit großem Geschick den musikalischen Teil leitete.
Der Vorsitzende, Kamerad Brockhaus sprach ein-
gangs herzliche Worte der Begrüßung. Fräulein
Bunse trug einen innigen und sinnigen Prolog
vor, den Lehrer Duchêne verfaßt hatte. Das vorzüg-
liche Festessen (endlich wieder Pfefferpotthaft!) machte
der anerkannt guten Küche des Vereinswirts alle
Ehre, wie denn auch die gesamte Aufmachung und
Aufwartung durch letzteren einstimmig hervorragend
genannt werden konnte. Die Ehrung der Gründer
und 15-jährigen Mitglieder lag dem Kameraden
Ltn. d. R. a. D. Flüs ob, der in martigen Worten
die großen Verdienste der Vereinsgründer hervorhob
und die anderen Kameraden aufforderte, sich die
Gründer als echte deutsche Männer mit allen Solda-
tentugenden zum Vorbild zu nehmen. In der näch-
sten Versammlung sollen den 15 Gründern noch Er-
innerungsabzeichen für 15jährige, treue Mitglied-
schaft überreicht werden, die leider nicht rechtzeitig
eingetroffen waren. Auch wurde der auf dem Felde
der Ehre gebliebenen Mitbegründer in warmen Wor-
ten gedacht. Kamerad Schweinsberg begrüßte
mit treffenden Worten die erschienenen Damen. Ein
Gasherd und andere sinnige und praktische Geschenke
erfreuten bei einer Verlosung die Damen. Zün-
dende Worte auf die echte, deutsche Turnerschaft und
die Pflege des edlen deutschen Liedes gingen zu Her-
zen. Gemeinsame Gesänge, hübsche Tänze, Schalk
und Scherz wechselten in bunter Folge. Man konnte
sich kaum trennen. Die aber gekommen, und die gin-
gen, hatten nur das eine Urteil, ein köstliches Fest
erlebt zu haben.

— **Sind Ordensschwestern Arbeitnehmer im Sinne des Schwerbeschädigtengesetzes?** Die Schwe-
stern des Johanniterordens sind nicht als Arbeitneh-
mer im Sinne des Schwerbeschädigtengesetzes und
der Ausführungsverordnung vom 21. April 1920
anzusehen. Der Begriff des Arbeitnehmers nach dem
Schwerbeschädigtengesetz deckt sich im allgemeinen
mit der Begriffsbestimmung, die hierfür im Be-
triebsrätegesetz aufgestellt wird. Nach § 10 Abs. 2
Ziffer 2 des Betriebsrätegesetzes gelten nicht als Ar-
beitnehmer Personen, deren Beschäftigung nicht in
erster Reihe dem Erwerb dient, sondern durch mo-
ralischen caritativer und religiöser Art bestimmt sind.
Diese Voraussetzungen liegen zwar nicht bei dem
gesamten Krankenpflegepersonal, wohl aber bei ein-
zelnen Schwesternschaften vor, die Wert auf eine be-
sondere Gesinnung ihrer Mitglieder legen, insbeson-
dere bei den katholischen Orden, den evangelischen
Diakonissen und bei den Rote-Kreuz-Schwestern.

— **Keine Ueberstundenvergütung an den höheren Lehranstalten.** Ueberstunden werden an den höheren
Lehranstalten nicht mehr besonders vergütet. Nach
einem Bescheide des Ministers für Volksbildung ist
eine Bezahlung für einzelne Mehrstunden nicht an-
gängig, auch wenn sie über die sogenannte Pflicht-
stundenzahl hinausgehen.

— **Rücksicht des Gerichts auf die Wirtschaft.** Rück-
sicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse empfiehlt
eine Verfügung des Justizministers über die vor-
mundschaftsgerichtliche Ladung von Vormündern.
Diese müssen mitunter eine ganze Arbeitsschicht we-
gen des Termins versäumen. Der Geschäftsgang
und die Dienststunden werden zwar nicht immer eine
Arbeitsversäumnis vermeiden lassen, doch sollen diese
Fälle möglichst eingeschränkt werden. Es kann dies
dadurch geschehen, daß nicht ein bestimmter Tag vor-
geschrieben wird, sondern eine Frist, so daß die Vor-
münder, Pfleger usw. u. U. zwischen Tag- und Nacht-
schicht wählen können. Es können auch mehrere Zei-
ten angegeben werden. Mündel, Mündelmutter und
andere Personen können u. U. dann von den Vor-
mündern mitgebracht werden.

— **Gegen die Tierquälerei.** Die im Hause der Kriegsjahre vielfach eingetretene Verwahrlosung der Jugend äußert sich auch besonders in dem Verhalten zur Tierwelt. So wurde in der gemeinsamen Ta-
gung der beiden großen Tierschutzverbände, des
Rheinisch-Westfälischen und des Westdeutschen Tier-
schutzvereins, am 29. Mai d. J. darauf hingewiesen,
daß die Verübung von Tierquälereien namentlich
auch bei der Jugend erheblich zugenommen hat. Im
Interesse der Erziehung der Jugend ist es dringlichste
Pflicht, die Bekämpfung der Tierquälereien in schärf-
ster Form aufzunehmen. Nichts vermag die Jugend
mehr zu verrohen, als die Tierquälerei. (Schon un-
sere Väter kannten das Sprichwort: „Wer in der
Jugend Tiere quält, endet als Mörder.") Nichts
vermag umgekehrt mehr die gute Erziehung der Kin-
der zu fördern, als die Liebe zu den Tieren und
überhaupt zur Natur. Die Tierquälereien beruhen
in der Hauptsache auf Roheit, ferner auf Gedanken-
losigkeit. Gewohnheit und Unkenntnis. Die Beseiti-
gung der Tierquälereien, die aus Roheit und öffent-
lich geschehen, muß hauptsächlich von den Beamten
der Polizei angestrebt werden. Auch die Bevölkerung
wird aufzufordern sein, hierbei tatkräftige Hilfe zu
leisten. Als Grundlage hat der § 360 Nr. 13 des
Strafgesetzes zu dienen, der Geldstrafe bis 150 ℳ
oder Haft dem androht, der öffentlich oder in Aerger-
nis erregender Weise Tiere boshaft quält oder roh
mißhandelt. Ferner § 366 Ziffer 7, der den mit
Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14
Tagen bedroht, der Steine oder andere harte Ge-
genstände auf Pferde oder andere Zug- und Last-
tiere wirft.

## Die Volksabstimmung von Langerfeld

**Wahlboykott von links.**

**Langerfeld**, 15. Aug. (Drahtmeldung der W. Z.) Am gestrigen Sonntag fand in den Gemeinden Lan-
gerfeld und Nächstebreck ein durch die Reichsverfas-
sung vorgesehener sogen. **Volksentscheid** über die
Frage statt, ob diese beiden Gemeinden (unter Ueber-
weisung aus der Provinz Westfalen an das Rheinland) nach der Stadt Barmen einverleibt werden sollen. Das Ergebnis war:

**3576 : 86 für selbständigen Verbleib im Kreise Schwelm.**

Von den sozialistischen Parteien war Wahlenthaltung angeordnet worden, sodaß der wahre Volkswille der im Ganzen etwa 11 800 stimmberechtigten Personen nicht in die Erscheinung treten konnte. 55 Stimmen waren ungiltig.

Dieser unfruchtbare Ausgang einer urdemokratischen Maßnahme, deren Rechtsgrundlage zum alten sozialdemokratischen Programmbestand gehört, ist lebhaft zu beklagen. Denn die Absicht, dem preußischen Landtag, der die letzte Entscheidung über Abgren-
zung von Verwaltungsgebieten treffen muß, eine verläßliche Grundlage über die Ansichten der Bevölke-
rung zu geben, wurde durch das ihren eigenen Grundsätzen widersprechende Verhalten der Sozialde-
mokratie unmöglich gemacht. Die Wahlhandlung selbst wurde glücklicher Weise nicht gestört, obschon man sich nach dem leidenschaftlichen Wahlfeldzug der Parteien auf Uebergriffe von links wohl gefaßt machen durfte. Von sozialistischer Seite war man mit Erfolg bemüht gewesen, die Wahlberechtigten durch Einschüchterung von der Urne fernzuhalten. Partei-
genossen wurden mit Ausschluß aus der Organisa-
tion, Kleingewerbetreibende mit geschäftlichem Verruf bedroht. Hieraus erklärt sich die schwache Wahlbe-
teiligung von etwa 32 Prozent. Man wird ernsthafter Weise auf der linken Seite kaum den Versuch wagen, die übrigen 68 Prozent als Eingemeindungs-
freunde in Anspruch nehmen zu wollen.

## Westfalen und Rheinland.

* **Breckerfeld**, 15. Aug. (Einträgliche waschinen-Betätigung.) Vor der Ferienstrafkammer in Hagen hatte sich der Molkereibesitzer E. von hier wegen fahrlässiger Milchverfälschung zu verantworten. Der festgestellte Wasserzusatz wurde zugegeben, aber darauf zurückgeführt, daß an dem Pasteurisierapp-
rat eine Beschädigung entstanden sei, wodurch Kühl-
wasser der Milch zufließt. Der Sachverständige Chemiker Dr. Düngermann aus Hagen erklärte, daß diese Beschädigung dem Angeklagten einen Sonder-
verdienst von jährlich 24 000 Mark verschaffe. Das Gericht erkannte wegen fahrlässiger Verfälschung auf 50 Mark Geldstrafe.

* **Hohensimburg**, 15. Aug. (Verhaftung eines Schwindlerpaares.) Hier wurde ein Schwindler-
paar festgenommen, das Gaben für den Bau eines Theaters sammelte. Nach der bei ihm vorgefundenen Listen sind ihm für diesen Zweck bereits 11 400 Mark zugeflossen. In seinem Besitz befanden sich aber nur einige hundert Mark.

hn. **Herdecke (Ruhr)**, 12. Aug. (Kapp-Schaden.) In den ersten Tagen des Kapp-Putsches wurde ein Bataillon Soldaten nach hier geschickt, das von den zu Tausenden zusammengeströmten Arbeitern aus dem Industriegebiet überwältigt und gefangen ge-
nommen wurde. Bei dieser Gelegenheit ist großer Schaden angerichtet worden, der in Höhe von 300 000 Mark angemeldet wurde. Bisher sind 86 Fälle mit 82 000 Mark anerkannt. Reich und Staat erklärten sich bereit, ⅔ zu tragen, und die Stadt soll ⅓ decken. Die Stadtverordneten lehnen jede Zah-
lungspflicht ab, da die Stadt kein Verschulden an dem angerichteten Schaden trifft.

* **Bückeburg**, 13. Aug. (Schützenfest.) Hier hielt unter reger Beteiligung vom 6. bis 9. August der Verband ehem. Jäger und Schützen für Rheinland und Westfalen sein diesjähriges Verbandsschießen ab. Aus weiter Ferne waren etwa 1200 Gründäste, fast alles ehem. 7., herbeigeeilt, um in der alten er-
innerungsreichen Jägerstadt Bückeburg einige Tage die Sorgen des Alltags zu vergessen und im Kreise treuer Kriegskameraden alte Erinnerungen aufzufri-
schen.

## Turnen, Sport und Spiel.

**1. Gau-Frauenwettturnen des Märkischen Gaues in Hagen.**

Zum ersten Mal trat gestern der Märkische Turngau mit einem Wettturnen seiner Frauen- und Mädchen-Abteilungen an die Oeffentlichkeit und dürfte damit für die Sache des Frauenturnens einen vollen Erfolg erzielt haben. Die trotz allen Wage-
mutes von sicherem Gefühl für das Schickliche geleite-
ten, im Einzelnen oft ganz hervorragenden Leistun-
gen fanden bei dem sich zumeist aus Turnfreunden zusammensetzenden zahlreichen Publikum allgemeinen und lebhaften Beifall. Trotz der zeitweilig ein-
setzenden Regengüsse wurden die Wettkämpfe, zu denen insgesamt etwa 500 Turnerinnen antraten, flott und ohne Unterbrechung durchgeführt. Es fan-
den statt: ein Neunkampf (je 2 Uebungen am Reck, Barren und Pferd, Kugelstoßen, 100 Meter-Lauf, Freiübung), ein Dreikampf (je eine Kür-, Frei-, Stab- und Keulenübung), ferner Sonderkämpfe im Weitsprung, Diskus- und Gerwurf und Staffelläufe über 400 Meter. Ein schönes Bild boten auch diesmal die allgemeinen Freiübungen. Den nachstehenden geben wir die Namen der ersten und der Gevelsberger Siegerinnen: **Dreikampf**: 1. Franz Frl. Lauh, Hahn-Bädenscheid 56 Punkte; 2. Auguste Bollmann 53 P., 4 Adele Suberg 51 P., Eintracht-Hahn-Gevelsberg, 8. Maria Schröder 43 P., Eintracht Vogelsang.

**Neunkampf**: 1. Wilhelmine Mergenmann 1. P. Eintracht Wehringhausen, 22. Johanne Strauß 144 P., 41. Erna Suberg 127 P., 43. Klara Suberg und Martha Hoffmann je 124 P., Eintracht Hahn-Gevelsberg, 19. Anna Schweiker 148 P., 31 Anna Schwippert 136 P., 35. Maria Schwippert 1 P., 40. Martha Michel 128 P., 44. Grete Bauerfeld 123 P.

**Staffellauf**: 1. Turnverein Langerfeld 2. Turnverein Boerde.

## Vermischtes.

**Bahnhofsbrand.**

Freitag morgen entstand wohl durch Selbstentzün-
dung auf dem Dessauer Güterbahnhof ein großer Schadenfeuer, das in kurzer Zeit die große Em-
pfangshalle mit vielen wertvollen Kaufmannsgüter völlig vernichtete. Die gesamte Feuerwehr mit meh-
reren Lokomotiven bekämpfte den Brand. Das Ver-
waltungsgebäude und die Verladehalle konnten ge-
rettet werden. Der Schaden geht in die Millionen.

**Ein Dorf in Flammen.**

In dem märkischen Dorfe Altridnitz herrscht ein gewaltiges Feuer. Bis jetzt sind etwa 50 Ge-
bäude, darunter 30 Bauernhöfe, abgebrannt. Das Dorf soll viel Vieh und die gesamte Ernte zum Opfer.

**Beschämend!**

Die Sammlung für die Oberschlesier-Hilfe hat grade in den luxuriösesten deutschen Seebadeorten an der Ostsee in Heringsdorf und Swinemünde zu unglaublich niedrigen Ergebnissen geführt. Heringsdorf soll nur 600, Swinemünde 1500 Mk. aufgebracht haben. Wer die näheren Verhältnisse in den betref-
fenden Badeorten kennt, und wer weiß, welch wahn-
sinniger Luxus dort getrieben wird, der wird dieses Ergebnis unerhört finden. Gibt es doch in He-
ringsdorf seit einiger Zeit ein mit dem raffiniertesten Luxus ausgestattetes und ganz auf ausgesuchtes Wohlbehagen berechnetes Hotel, das seine Gäste durch mit Klubsesseln ausgestattete Autos in Berlin abholen läßt und sie auf dem Landwege bis an Ort und Stelle führt. Ein einziger Platz in einem solchen Auto kostet 600 Mk. Wenn man weiter hört, daß in Heringsdorf wie in Swinemünde für ein Glas Bier 10 bis 14 Mk. gefordert und bezahlt werden, und wenn man weiter den völlig dem Berliner Nachtbe-
triebe angepaßten Vergnügungsrummel dieser beiden Orte kennt, dann wird dieses Gefühl der Beschä-
mung über solche Landesgenossen nur noch verstärkt.

**Wieder eine Weimarer Grabschändung.**

In die Fürstengruft zu Weimar sind in der Nacht zu Freitag erneut Einbrecher eingedrungen. Sie stahlen einen goldenen und einen vergoldeten Kranz, den die Ortsgruppe Geisenkirchen der Goethe-Gesell-
schaft dort niedergelegt hat.

## Kunst und Wissenschaft.

**Auch unsere bildende Kunst wird „amerikanisiert".**

Die amerikanischen Kunstsammler, von denen einige nach Wiederherstellung des Friedenszustandes mit den Vereinigten Staaten jetzt auch Deutschland wieder aufgesucht haben, entwickeln neuerdings ein lebhaftes Interesse für unsere neue Kunst. Dieser Tage hat nun das Museum in Detroit, Michigan U. S., für das in Berlin eine Anzahl hervorragender Stücke alter westlicher und östlicher Kunst erworben wurden, auch eine Reihe von Werken junger deutscher Malerei und Plastik getauft.

**Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Baßmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Herkenrädder, beide in Gevelsberg.**

# Heute Montag und Dienstag Ziehung!

# St. Georg-Lotterie

Hauptgewinne i. W.

**60000 Mk.**

**20000 etc.**

Lose zum Preise von **3.60 Mk.** sind noch einige zu haben bei **Phil. Baltin.**

---

Bekanntmachung.

Der Händler **Hugo Hembeck, Elberfelder Straße Nr. 26,** der wegen Vergehens gegen die Verfügung des Reichskommissars vom 9. August 1919, zirka 1½ Jahre vom Kohlenhandel ausgeschlossen war, wird hierdurch vom heutigen Tage ab zum Handel mit Kohle wieder zugelassen.

Gevelsberg, den 13. August 1921.

Ortskohlenstelle.

Der Bürgermeister: Müller.

---

Bekanntmachung.

Für die ... 16. bis 31. August 1921 werden ausgegeben:

Auf Abschnitt 16 der Lebensmittelkarte

350 gr Zucker

| | | |
|---|---|---|
| Preis der Einheit für Stampfzucker | Mk. | 3.15 |
| " " " " Würfelzucker | " | 3.35 |
| " " " " Weißkandis | " | 3.80 |

Schwelm, den 12. August 1921.

Kreisstelle ...

---

## Sparkasse der Stadt Gevelsberg und des Amtes Ennepe

zu Gevelsberg.

**Kassenstunden:** 8—1 Uhr.

Reichsbankgirokonto. Konto bei der Landesbank in Münster. Postscheckkonto Cöln Nr. 16767 und Hannover Nr. 57603.

**Hauptstelle:** Gevelsberg, Rathaus, Zimmer 8. Fernspr. 400.

**Zweigstelle:** Milspe, Voerder Str. 21. Fernsprecher 751.

**Annahme von Spareinlagen** bei täglicher Verzinsung. Anlagestelle für Mündelgelder. Ausgabe von Heimsparbüchsen. Einziehung von Spareinlagen.

**Eröffnung von Depositen- und Konto-Korrent-Konten** mit Giro- und Scheckverkehr und Kreditgewährung gegen Sicherstellung. Ausführung von Daueraufträgen, gebührenfreie Zahlung von Steuern, Mieten, Schulgeld und dergl. für Girokunden.

**Einziehung von Schecks und Wechseln.** Ausgabe von Reisekreditbriefen. Stellung von Accreditiven.

**Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren** (offene und verschlossene Depots). An- und Verkauf von Wertpapieren. Vermietung von Schrankfächern.

**Beleihung von Wertpapieren und Sparbüchern.**

Ausgabe von Hypotheken-, Faustpfand- und Bürgschafts-Darlehen.

---

# Verreist.

**H. Horbach,**

Dentist,

**Mittelstr. 97.**

---

## Alle Hausfrauen,

die dem Fortschritt huldigen, bewahren heute keine Gegenstände mehr auf, die sie nicht mehr benutzen wollen, sondern stellen sie durch eine kleine Anzeige zum Verkauf. Zunächst findet man in seiner Wohnung mehr freien Raum durch den nutzbringenden Verkauf des überflüssigen Gegenstandes, außerdem wird kein unnötiger Ballast angesammelt. Bei Aufgabe dieser Anzeige achte man auf deutliche Schreibweise, besonders der zu verkaufenden Gegenstände, Name, Straße und Hausnummer sind klar und deutlich zu schreiben. Die kleinen Anzeigen finden seit langen Jahren durch die „Gevelsberger Zeitung", welche in allen Schichten der Bevölkerung und in den Nachbarorten gelesen wird, die weiteste Verbreitung.

---

# Einmachbirnen

angekommen.

**H. Wortmann**

Hagener Str. 55

Telefon Nr. 975.

---

**Nutz- und Brennholz**

zu verkaufen.

... oder Geschäftsst.

---

Großes Gevelsberger Fabrik geschäft sucht zum Eintritt spätestens 1. Oktober für die

**Buchhaltung**

**eine tücht. Kraft,**

die die Buchführung nach amerikan. System (...) beherrscht, selbständig ist und in der Lage ist, die vorkommende Buchhaltungs-Korrespondenz zu erledigen.

Bewerbungen mit ... und Gehaltsansprüchen erbitte unter **E. H.** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

**Weißnäherin**

für einige Tage gesucht.

Wo sagt die ..., ...

---

Für ... jung... erfahrenes, ... kräftiges ...

**Mädchen**

... gesucht.

Kölner Straße 10

---

... oder ... täglich ... Tage ... Woche ... sucht ... Stellung.

---

... sucht sich mit

**20—25 Mille**

... zu

**beteiligen.**

... unter Nr. 44 an die Geschäftsst.

---

**2-schläf. Bettstelle**

mit ... zu verkaufen ... Lange, ...

---

**Rassenkaninchen**

mit Stalle (Herm. ...) billig abzugeben.

Bremmen 44, b. Gevelsberg, Amt Volmarstein.

---

Scharf dressierter **Hund** zu verkaufen.

Hagener Straße 101.

---

Ein angefüttertes **Schwein** zum Weitermästen zu verkaufen. Zu besichtigen von 3 bis 7 Uhr abends.

Zu erfr. in der Geschäftsst.

---

**Sackert**

**4—5 ordentl.**

# Anstreicher

sowie

# 1 Lehrling

sofort gesucht.

**Gust. Bender.**

Inh.: Rob. & Emil Bender,

**Nordstr. 4.**

---

Tüchtiger

**Matrizen-Graveur**

gesucht von

**Friedr. Hünninghaus.**

Abt. Hammerwerk,

**Gevelsberg i. W.**

---

Für die Registratur eines hiesigen Fabrikations- und Exportgeschäftes eine

**geeignete Dame**

zum sofortigen Eintritt gesucht. Briefe unter **K. 46** an die Geschäftsst. ds. Ztg.

---

Tüchtige, durchaus selbständige

**Verkäuferinnen**

für ... per 1. Sept. gesucht. Es wollen sich nur Damen aus der Branche melden.

**C. Hartmann,**

**Halve.**

---

Jüngeres, ordentliches

**Mädchen**

zur Hilfe im Haushalt per 1. Sept. gesucht bei hohem Lohn.

**Frau Emil Köcke jr.,**

Barmen, Schillerstraße 95.

---

**Eiserne Bettstelle**

mit Matratze und Steppdecke zu verkaufen.

Hochstraße 12 II.

---

**Säcke**

zu verkaufen.

**Flaschen**

weiße saubere, ½, ¼ Ltr., zu kaufen gesucht.

Hagener Str. 36,

(Geschäft.)

---

**Getragene und neue**

**Herren-, Burschen- & Kinder-Anzüge, Sommer-Joppen, Hosen in Riesenauswahl. Damen-Kleider aller Art. Schuhe zu bedeutend herabgesetzten Preisen.**

**M. Seibert, Schwelm,**

**Ostenstr. 19, im Hause der Wirtschaft Abels.**

---

Warm zu empfehlen ... Patent-Medizinal-... ...

**Pikna**

Spezial-Arzt Dr. ... Zuckooh-Creme ... fettend und ... In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Friseurgeschäften erhältlich.

---

Annahme von

# Spareinlagen

**Verzinsung** vom Tage der Einzahlung ab bis zum **Tage** der Rückzahlung. Schutz der Sparbücher gegen Entwendung oder **Verlust** durch Kontrollmarken, Sperrvermerke usw.

Gebührenfreier Scheck- und Kontokorrentverkehr mit und ohne Kredit. Kostenlose Ueberweisung laufender Zahlungen (Zinsen, Mieten, Steuern, Licht-, Wassergelder u. a.) und Einziehung laufender Forderungen.

Ankauf, Verkauf sowie Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Anlegung verfügbarer Geldmittel. Einlösung von Zinsscheinen. Einziehung von Schecks und Wechseln. Vermittelung sonstiger bankmäßiger Geschäfte.

Vermietung von Schrankfächern unter Eigenverschluß des Mieters in der Stahlkammer der Sparkasse. Aufbewahrung von Wertgegenständen während der Reisezeit. Reisekreditbriefe.

Gewährung von Kredit. Hypotheken-, Schuldschein- und Bürgschaftsdarlehen. Beleihung von Wertpapieren, Schuldbuchforderungen gegen Reich und Staat, Sparguthaben, Hypotheken- und Grundschuldforderungen.

Auskünfte erteilen wir gern und kostenlos schriftlich und mündlich.

**Sparkasse der Stadt Gevelsberg mit Zweigstelle Milspe**

(Fernruf 400 Gevelsberg; Postscheckkonto 16767 Cöln)

**Sparkasse des Amtes Voerde**

(Fernruf 109 Gevelsberg; Postscheckkonto 32381 Cöln)

**Sparkasse des Amtes Haßlinghausen**

(Fernruf 187 Schwelm; Postscheckkonto 6061 Cöln)

**Sparkasse des Amtes Sprockhövel**

(Fernruf 514 Hattingen; Postscheckkonto 9066 Cöln)

**Sparkasse der Stadt Schwelm**

(Fernruf 125 Schwelm; Postscheckkonto 7228 Cöln)

**Sparkasse des Amtes Langerfeld**

(Fernruf 337 Barmen; Postscheckkonto 17358 Cöln).

---

Erstklassige, moderne

*Schreibmaschinen*

*Kontor-Möbel*

*Papier- und Schreibwaren*

*preiswert sofort lieferbar*

*Adolf Strathmann*

*Inh.: J. Knappe*

*Mittelstrasse 47* *Telefon 509*

---



**Arbeit** für die **Industrie**

vermittelt

**zielbewußte Reklame!**

Hierfür liefert

# Kataloge, Preislisten

mit eigenen Klichees die

Buch- u. Akzidenzdruckerei

# Phil. Baltin

**Gevelsberg**

Gegründet 1878. Fernruf Nr. 58.

Monotype- und Linotype-Setzmaschinenbetrieb.

---

# Gefaßt

ist der flüchtige Peter Voß **noch nicht,** doch hat die Verfolgung des Flüchtigen um die Welt bereits begonnen. Der Detektiv **Bobby Dodd,** sowie der Millionär **Frederick Nissen** und seine Tochter **Gert** sind dem Flüchtigen auf der Spur.

Diese abenteuerliche Angelegenheit in **6 Teilen** zu je **5 Akten** unter dem Titel:

**Der Mann ohne Namen**

wurde **im** Film festgehalten. Das Werk ist nach dem Roman von E. Gerhard Seeliger **„Peter Voß, der Millionendieb"** bearbeitet worden. Die Besichtigung der ersten Etappe dieses Films mit dem Titel

**Der Millionendieb**

findet **ab Dienstag** im

**TONBILD-THEATER**

**Mittelstraße 36** statt.

---

**Grüne Bohnen.** Infolge der Dürre Mißernte, der Tagespreis ... gehoben, mehr früheres Angebot daher keine ... Versende den Zentner für 180.— Mk. ab hier. Erfüllungsort Braunschweig.

**W. Burgdorf, Braunschweig, Bahnhofstraße 14.**

---

# Schreibmaschinen

sowie alle anderen **Büromaschinen** repariert und reinigt

**Schlemmer & Kesper**

Gevelsberg Telefon 982.

Vertrieb der

**Continental-Schreibmaschinen.**

---

Zum Abschluss von

**Reisegepäck-**

(gewöhnlicher Diebstahl und Abhandenkommen eingeschlossen), **Aufruhr-, Juwelen-Diebstahl-** sowie **Verlust-, Transport-, Feuer-, Lebens-, Haftpflicht-** und **Automobil-Versicherungen** empfiehlt sich

**Ludwig Rüggeberg**

Fernsprecher 362 Hagener Str. 66.

---

**Ia. Nußkohlen, Hausbrandkohlen**

liefert prompt franko Haus

**C. Westermann, Kohlenhandlung.**

Telephon 766. Telephon 766.

---

# Neues „Favorit-Moden-Album" eingetroffen. H. Bremke

**Fernsprecher Nr. 507**